



Jahresbericht Burundi 2016

Burundi war im Jahre 2015 in eine politische Krise gerat, welche 2016 weiter anhielt. Die Unruhen hatten im April 2015 begonnen, als der Präsident Pierre Nkurunziza für eine – von der Verfassung nicht vorgesehene – dritte Amtszeit kandidierte. Das Verfassungsgericht stimmte einer möglichen dritten Amtszeit zu und im Juli 2015 wurde Pierre Nkurunziza wiedergewählt. Die seitdem anhaltenden Proteste der Bevölkerung werden regelmäßig gewaltsam niedergeschlagen.

Am 18. April 2016 gab der UN Hochkommissar für Menschenrechte Zeid Ra'ad Al Hussein bekannt, dass es seit Beginn des Jahres 345 Fälle von Folter und Misshandlungen registriert worden waren. Der Internationale Strafgerichtshof leitete eine Vorermittlung zu der Situation in Burundi ein und auch der UN-Ausschuss gegen Folter zeigte sich alarmiert von der Zunahme der Menschenrechtsverletzungen, insbesondere Folter und Misshandlungen, in Burundi.

Auch Amnesty International erhielt Berichte von massiven Menschenrechtsverletzungen aus Burundi. Besonders brutal gingen die Polizei und der nationale Geheimdienst gegen Inhaftierte vor. Von folgenden Foltermethoden wurde berichtet: Schläge mit Schlagstöcken und Eisenstangen, Tritte, Befestigung von Gewichten an den Hoden, Elektroschocks, „Säurebäder“ und Verweigerung jeglicher medizinischer Behandlung.

Die UN erklärte im Oktober 2016, dass seit April 2015 mindestens 564 Personen getötet wurden und über 300.000 Menschen auf der Flucht vor der Gewalt seien, sie befänden sich hauptsächlich in Ruanda und Tansania

Ebenfalls im Oktober 2016 beschloss das burundische Parlament, die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof aufzukündigen. Durch den Austritt endete die Zuständigkeit des Gerichts und die bereits begonnenen Ermittlungen mussten eingestellt werden.